



öffentlich  nicht öffentlich

Düsseldorf, 08.03.2022

An  
Ratsherrn Andreas-Paul Stieber  
Vorsitzender des Ausschusses  
für Gesundheit und Soziales

**Betrifft:**

Stetig steigende Energiekosten und Unterstützungsmöglichkeiten für bedürftige Menschen

Sehr geehrter Herr Stieber,

im Namen der SPD Ratsfraktion bitten wir Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der AGS Sitzung am 22. März 2022 zu nehmen und von der Verwaltung beantworten zu lassen.

**Begründung:**

Die immer weiter stark ansteigenden Energiekosten treffen Menschen mit niedrigem Einkommen oder Transferleistungen besonders stark. Vor allem Rentnerinnen und Rentner, Familien sowie Alleinerziehende können die steigenden Energiepreise nicht so wegstecken, denn unverzichtbare Ausgaben für Haushaltsenergie und Lebensmittel haben bei ihnen ein sehr hohes Gewicht. Hinzu kommt die hohe Inflationsrate, die im Februar 2022 bei 5,1% lag und die Tatsache, dass ärmere Haushalte kaum Spielräume haben, ihren Konsum durch Rückgriff auf Erspartes aufrechtzuerhalten.

Um dieser Entwicklung entgegenzutreten und die Betroffenen zu unterstützen, hat die Bundesregierung u. a. ein Heizkostenzuschussgesetz auf den Weg gebracht, durch das etwa 2,1 Millionen Menschen (Wohngeldhaushalte, Studierende mit BAföG Bezug, Aufstiegsgeförderte mit Unterhaltszuschuss und Auszubildende mit Beihilfe oder Ausbildungsgeld) in diesem Jahr einen einmaligen Heizkostenzuschuss erhalten. Damit will die Bundesregierung gezielt Einkommensschwache Menschen von den stark gestiegenen Energiekosten entlasten.

Auch soll damit dazu beigetragen werden, dass Menschen, die ihre Strom-, Heiz- oder Wasserrechnungen nicht mehr bezahlen können, die Energiezufuhr nicht gesperrt wird. Um solche Energiesperrungen in Düsseldorf weitestgehend zu vermeiden, gibt es hier schon seit vielen Jahren eine gute Kooperation zwischen Jobcenter, Schuldnerberatung und Stadtwerken. Diese gute Zusammenarbeit, drückt sich auch darin aus, dass in den vergangenen Jahren die Zahlen der

Sperrungen stets rückläufig waren. In diesem Sinne bitten wir die genannten Kooperationspartner zu prüfen, ob vor dem beschriebenen Sachverhalt weitere Unterstützungsmöglichkeiten machbar sind.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

- 1. Gibt es bei der Verwaltung oder beim Jobcenter aufgrund der immer weiter steigenden Heizkosten Anzeichen dafür, dass mehr Haushalte in Düsseldorf Probleme haben, ihre Energiekosten zu bezahlen?**
- 2. Wie bereitet sich die Verwaltung auf den von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger\*innen, BAföG Empfänger\* und andere vor, damit dieser zügig nach dem Beschluss im Bundestag ausgezahlt werden kann?**
- 3. Sehen die Verwaltung, das Jobcenter oder die Düsseldorfer Energieversorger weitere Möglichkeiten den Menschen, die zurzeit nicht in der Lage sind, ihre Energierechnungen zu bezahlen, zu helfen und zu unterstützen?**

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

Klaudia Zepuntke